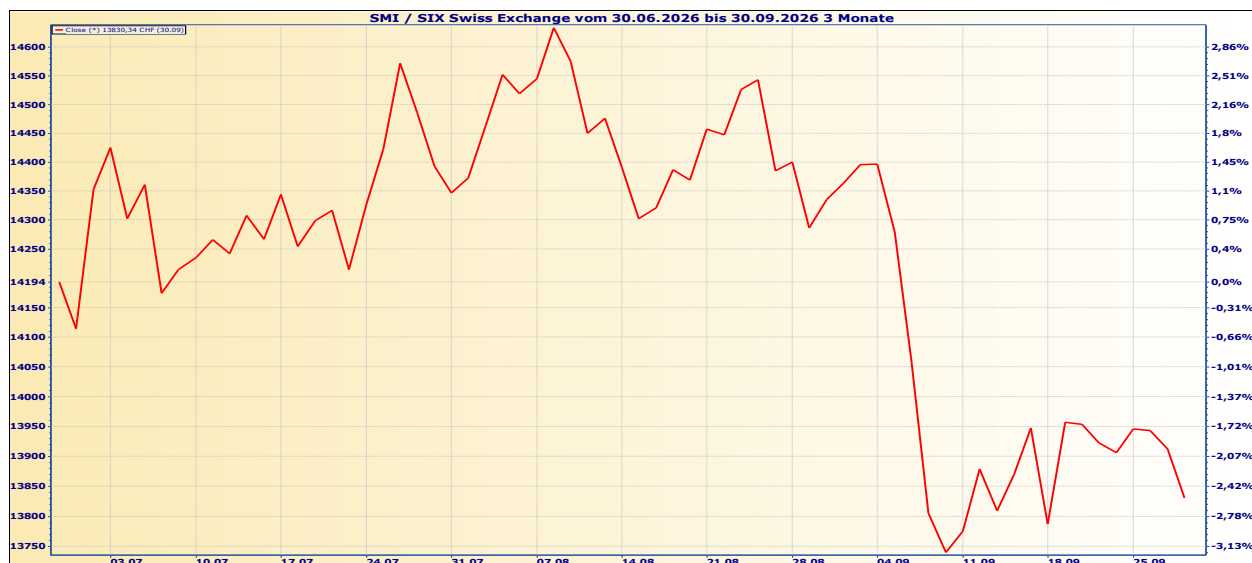




Kommentar des Fondsberaters Schmitz & Partner AG:

Für den **Aktienmarkt** in der Schweiz (aktueller Anteil von 21 Prozent am Aktienvermögen beim *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds und 56 Prozent beim *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds) gab es im **dritten Quartal** einen leichten Rückgang zu verzeichnen. Der **SMI** gab einen Teil seiner Gewinne dieses Jahres wieder ab und fiel um drei Prozent von 14.200 Punkten auf 13.800 Punkte:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Am Schweizer **Rentenmarkt** stieg die Rendite der zehnjährigen Staatsanleihen von 0,25 Prozent auf 0,60 Prozent. Ganz ähnlich die Situation am Rentenmarkt in Deutschland: Hier kletterten die Renditen für zehnjährige Bundesanleihen von 2,85 Prozent auf 3,60 Prozent.

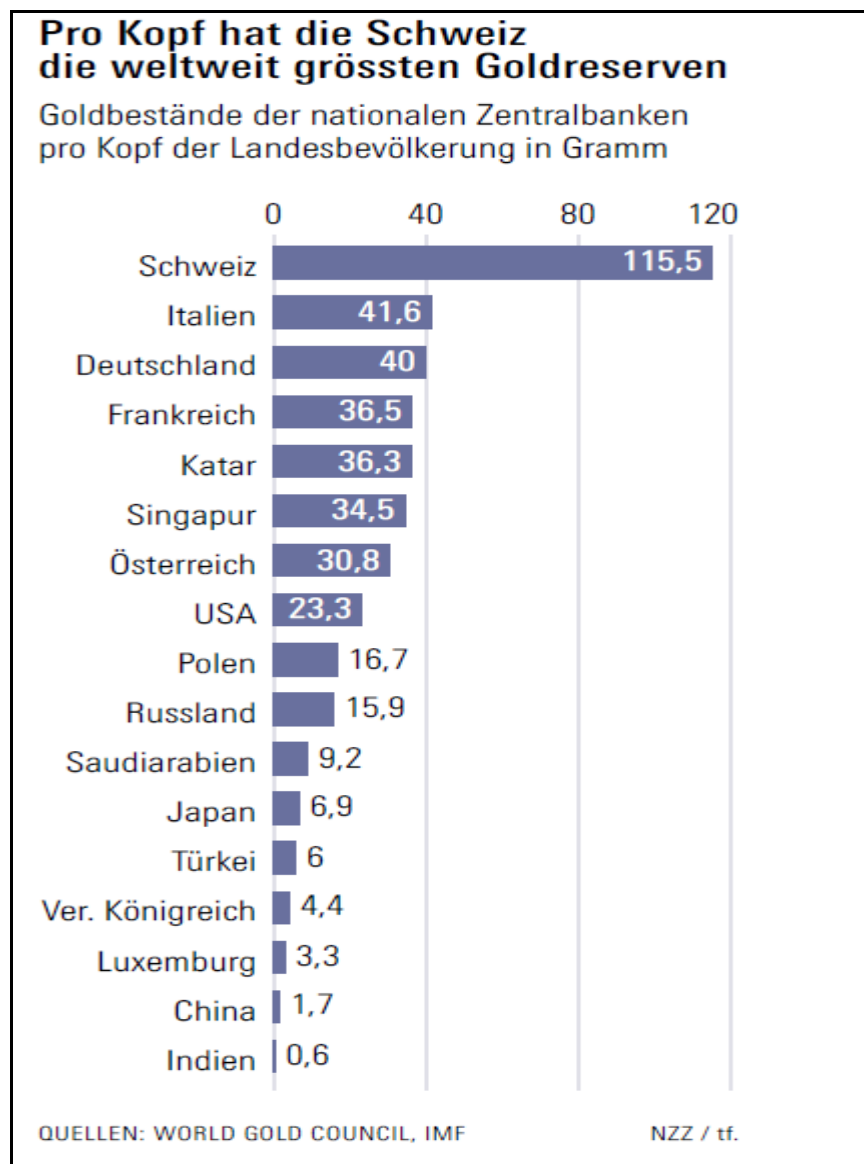
Im September hat die Europäische Zentralbank erneut die Leitzinsen erhöht, und zwar wiederum um einen Viertelprozentpunkt auf jetzt 2,5 Prozent. Die Schweizerische Nationalbank hat hingegen ihre Leitzinsen unverändert bei null Prozent belassen.

Am **Devisenmarkt** kam es im dritten Quartal zu einem leichten Kursrückgang des Schweizer Franken gegenüber dem Euro. Die Gemeinschaftswährung stieg von 0,92 auf 0,94 gegenüber dem Franken. Hauptgrund für den Anstieg des Euro war die ausgeweitete Zinsdifferenz zwischen Euro und Schweizer Franken. Während die Leitzinsen im Euroraum in den letzten Monaten zweimal um jeweils 0,25 Prozentpunkte angehoben worden sind, um die hohe Inflation zu bekämpfen (3,3 Prozent im September) hat die Schweizerische Nationalbank ihre Zinsen unverändert bei 0,0 Prozent belassen, da die Inflationsrate in der Schweiz aktuell lediglich ein Prozent beträgt.

Langfristig bleibt der Schweizer Franken nach wie vor weltweit die einzige Währung mit einer von der Politik unabhängigen Notenbank, die dafür Sorge trägt, dass die Kaufkraft ihrer Währung im In- und Ausland stabil bleibt. Hinzu kommt die geringe Staatsverschuldung von unter 20 Prozent im Vergleich zu fast 100 Prozent im Euroraum. Die weitaus niedrigere Verschuldung in der Schweiz muss somit auch nicht

durch hohe Inflationsraten „real erträglich“ gemacht werden, wie dies seit einiger Zeit durch die Politiker im Euroraum geschieht.

Und es kommt noch ein weiteres Argument für einen auch in Zukunft starken und die langfristige Kaufkraft erhaltenden Schweizer Franken hinzu: die zu Marktpreisen (nicht zu Buchpreisen) nahezu komplett mit Gold gedeckte Währung. In absoluten Zahlen ist der Goldbestand der Schweizerischen Nationalbank der siebtgrößte weltweit.¹ Setzt man jedoch die Goldreserven der jeweiligen Länder in Relation zu ihrer Einwohnerzahl, kommt eine völlig andere Reihenfolge zustande:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 17. August 2026, Seite 23

¹ Über die größten Goldbestände verfügen – in dieser Reihenfolge – die Notenbanken in den USA, in Deutschland, in Italien, in Frankreich, in Russland und in China.

Da viele internationale Notenbanken ihre Goldbestände nach wie vor aufstocken wollen, ist dies ein Indiz für weiter steigende Goldnotierungen. Laut einer Umfrage des *World Gold Council* planen 45 Prozent von 76 befragten Notenbanken ihren Goldbestand noch in diesem Jahr zu erhöhen, 54 Prozent wollen ihre Goldreserven unverändert belassen. Vgl. zu den Zahlenangaben *WirtschaftsWoche* vom 31. Juli 2026, Seite 61. In dem Artikel „Goldenes Schnäppchen“ schreibt die Zeitschrift im Untertitel: „Die Goldhaussiege ist noch nicht vorbei, trotz herber Verluste in diesem Jahr. Auf lange Sicht hat das Edelmetall viel Luft nach oben.“ (Seite 60) Das würde auch dem *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds weiter Auftrieb geben, der seit seiner Auflegung im Jahr 2008 über einen Goldanteil von rund zehn Prozent am Fondsvermögen verfügt.

In der obigen Grafik steht die Schweiz mit großem Abstand an erster Stelle. Gegenüber dem zweitpositionierten Land Italien verfügen die Eidgenossen über fast dreimal so viel Gold pro Einwohner.

Über einen hohen Goldbesitz zu verfügen, ist in einem Umfeld stetig steigender Staatsschulden ein erheblicher Sicherheitsgewinn. In den **USA** haben im August die **Staatsschulden** erstmals die **40-Billionen-Dollar-Marke** überschritten.² Viel beeindruckender als die kaum begreifbare Zahl der absoluten Verschuldung ist die Größenordnung, die die Vereinigten Staaten an Zinsen für diese Staatsschuld zahlen müssen: rund drei Milliarden US-Dollar – pro Tag! Vergleiche hierzu auch das beiliegende Interview des Verfassers dieser Quartalsberichte in der Oktoberausgabe der Zeitschrift *Substanz Investor* „Aus der Schuldenfalle gibt es kein Entkommen“.³ Inzwischen machen die Zinsausgaben rund ein Fünftel des gesamten Staathaushalts aus – Tendenz weiter steigend. Und da das Haushaltsdefizit in den USA rund sechs Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung beträgt,⁴ wachsen die Staatsschulden und die darauf anfallenden Zinszahlungen jedes Jahr immer weiter.

Ähnliche Probleme bereiten die rasant steigenden **Staatsschulden in Deutschland**. Das Handelsblatt titelt bereits: „**Planlos steigende Schulden**“ und schreibt besorgt: „Bis 2030 plant Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) mit mehr als einer Billion Euro neuen Schulden. Allein 2027 will er mehr als 200 Milliarden Euro an neuen Krediten aufnehmen.“⁵ Und weiter: „Insgesamt wird der Finanzminister nun jedes Jahr um die 200 Milliarden neue Schulden machen.“⁶

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* warnt in einer Überschrift: „**Riskante Schulden: Eine Politikwende ist dringlich**“.⁷ Professor *Clemens Fuest* beklagt in diesem Artikel: „Politische Mehrheiten sind für eine Eindämmung der Defizite nicht in Sicht.“ Woher auch? Bundeskanzler *Friedrich Merz* aus der CDU erkennt zwar den notwendigen Reformbedarf in Deutschland, aber sein Koalitionspartner SPD blockiert sämtliche wirtschaftlich sinnvollen Ideen, um das Land wieder nach vorne zu bringen. Mit der jetzigen Koalition aus Union und Sozialdemokraten sind Reformen dank der Verweigerungshaltung der SPD nicht zu machen.

Die *Neue Zürcher Zeitung* empfiehlt daher der CDU / CSU einen Ausstieg aus der Koalition und titelt: „**Eine Minderheitsregierung ist Merz' letzte Chance**“. Die Zeitung erläutert: „Eine Minderheitsregierung wäre ein pragmatischer Mittelweg. Er gäbe der deutschen Politik eine neue Dynamik: Man koalitiert nicht mit der AfD, aber nimmt – lösungsorientiert – Mehrheiten mit der AfD und anderen Parteien in Kauf.“⁸ Dann wären vielleicht auch Reformen möglich, die Deutschland wirtschaftlich wieder nach vorne

² Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. August 2026, Seite 32.

³ Siehe *Substanz Investor* vom Oktober 2026, Seite 66 - 67.

⁴ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 29. August 2026, Seite 1.

⁵ *Handelsblatt* vom 9. Juli 2026, Seite 8.

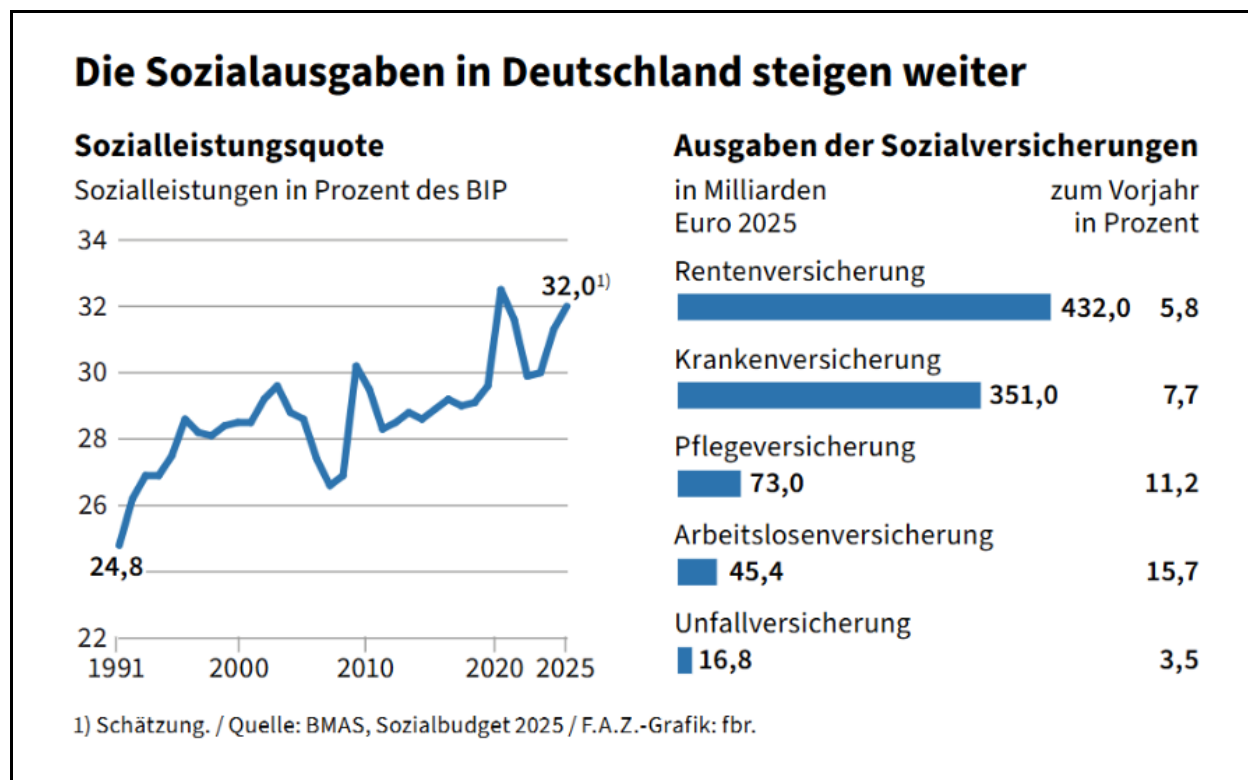
⁶ *Handelsblatt* vom 9. Juli 2026, Seite 9.

⁷ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. Juli 2026, Seite 16.

⁸ *Neue Zürcher Zeitung* vom 30. September 2026, Seite 20.

An anderer Stelle macht die Zeitung sogar einen noch weitergehenden Vorschlag: „Der Wahlausgang im Land Berlin bietet die Möglichkeit eines Befreiungsschlags. Sollen doch SPD und Grüne eine Regierung unter der Führung der Linkspartei bilden. Wenn eine Koalition mit einer Partei möglich sein soll, die voller Antisemiten ist, die Beziehungen zur organisierten Kriminalität unterhält und sich mit Unterstützern des arabischen Terrorismus umgibt, dann ist in Deutschland jede Koalition möglich. Auch eine mit der AfD. Die Brandmauer-Debatte erledigt sich von selbst.“ *Neue Zürcher Zeitung* vom 3. Oktober 2026, Seite 1.

bringen. Eine dringende Aufgabe für Merz wäre es zum Beispiel, die viel zu hohen Sozialausgaben zu senken. Mittlerweise gibt Deutschland nahezu ein Drittel seiner Wirtschaftsleistung für Sozialausgaben aus:⁹



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. Juli 2026, Seite 17

Professor *Lars Feld* äußert sich in einem Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung* klar und deutlich: „**Der Sozialstaat wurde zu stark ausgebaut**“.¹⁰ Er sagt weiter: „Am meisten ärgert mich, dass die Regierung im Bundeshaushalt versucht, stärker über die Einnahmeseite zu konsolidieren als über die Ausgabenseite.“ Und Professor *Clemens Fuest* ergänzt: „Empirische Studien kommen hier zu einem recht eindeutigen Ergebnis: Ausgabenkürzungen sind weniger schädlich für das Wirtschaftswachstum und haben bessere Aussicht auf Erfolg als Steuererhöhungen.“¹¹

Steuererleichterungen und Entlastungen für die Unternehmen und insbesondere für den für Deutschland so wichtigen Mittelstand werden von der CDU / CSU versprochen und von der SPD systematisch unterlaufen. Für die SPD steht ausschließlich die **Umverteilung** des bisher erwirtschafteten Wohlstands im Vordergrund – woher der zukünftige Wohlstand kommt und wie er erwirtschaftet werden soll, das spielt für die Partei der linken Mitte keine Rolle.

⁹ Vgl. *Handelsblatt* vom 24. - 26. Juli 2026, Seite 10.

¹⁰ *Neue Zürcher Zeitung* vom 11. Juli 2026, Seite 25. Feld hat an der Universität Freiburg den Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik inne. Von 2011 bis 2021 war er Mitglied und teilweise Vorsitzender des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

¹¹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. Juli 2026, Seite 16.



Quelle: *Handelsblatt* vom 11. August 2026, Seite 14

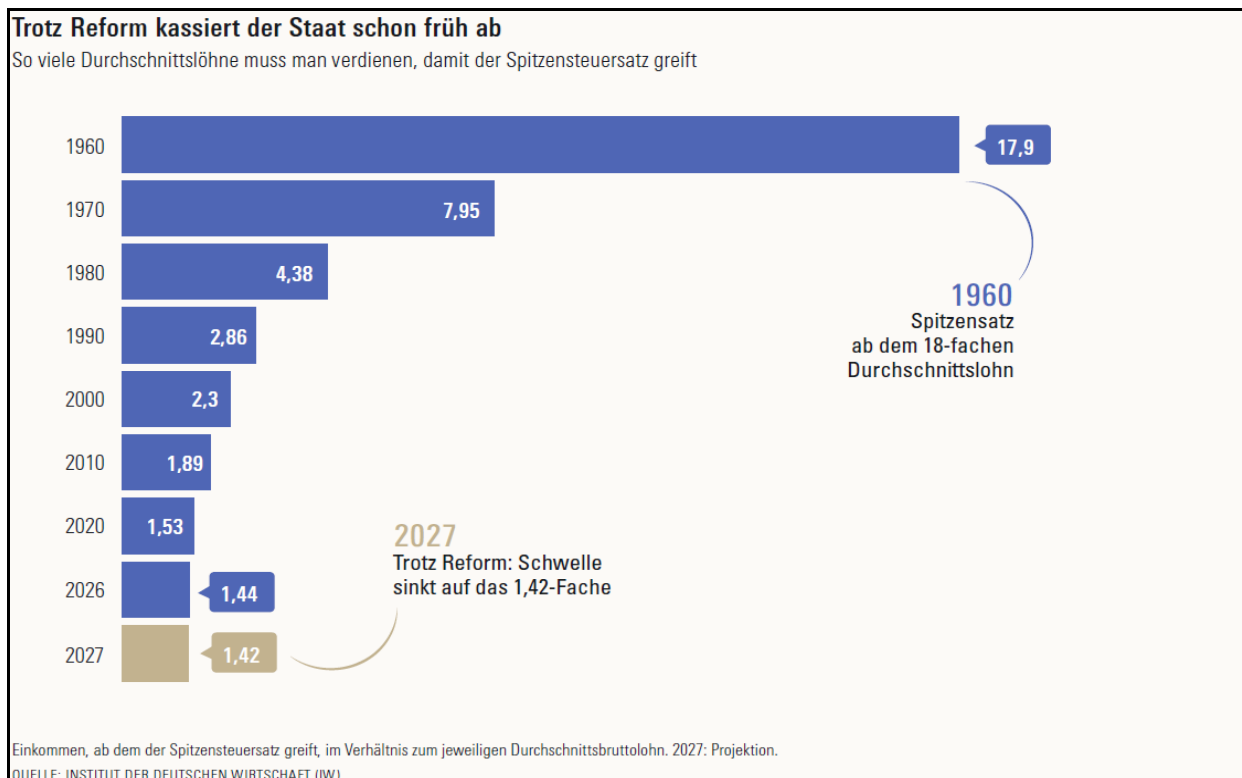
Bei der aktuellen „Steuerreform“ hat sich die Union erneut „von der SPD über den Tisch ziehen lassen.“¹² Es bestätigt sich der Eindruck, dass es den Sozialdemokraten bei der Steuerreform vor allem darum ging, die Topverdiener stärker zu belasten, statt die übrigen Steuerzahler in der Breite zu entlasten. Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, *Reiner Holznagel*, empört sich daher in einem Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung* zu Recht: „Das ist keine echte Steuerreform“.¹³

Die *Neue Zürcher Zeitung* titelt: **„Bald Spitzensteuersatz für Durchschnittsverdiener“** und schreibt im Untertitel: „Die deutsche Regierung will die Steuerzahler entlasten – tatsächlich aber verschärft sie mit der angekündigten Steuerreform den Zugriff des Staates“.¹⁴ Denn in Deutschland reicht es schon, das 1,4-fache des durchschnittlichen Bruttolohns von knapp 50.000 Euro im Jahr zu verdienen, um wie ein Spitzenverdiener besteuert zu werden:

¹² *Handelsblatt* vom 11. August 2026, Seite 14.

¹³ *Neue Zürcher Zeitung* vom 13. Juli 2026, Seite 25. Holznagel begründet im Interview seine Aussage: „Die präsentierten 10 Milliarden Euro sind zu großen Teilen lediglich verfassungsrechtlich gebotene Anpassungen, etwa beim Grundfreibetrag. Zieht man diese Pflichtmaßnahmen ab, bleibt eine reale Entlastung von kaum 4 Milliarden Euro – das sind weniger als 0,4 Prozent der gesamten Steuereinnahmen. Zudem wird die kalte Progression nicht vollständig ausgeglichen, was einer schleichenden Steuererhöhung gleichkommt. Die Bilanz ist ernüchternd: Selbst bei einer Musterfamilie führen die gegengerechneten Sozialbeiträge dazu, dass sie unter dem Strich mehr zahlt als im Vorjahr.“

¹⁴ *Neue Zürcher Zeitung* vom 6. Juli 2026, Seite 22.



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 6. Juli 2026, Seite 22

Das war im Jahr 1960 noch ganz anders. Damals schlug der Spitzensteuersatz erst zu, wenn das 18-fache des Durchschnittseinkommens überschritten wurde. Und nach Berechnungen des *Instituts der deutschen Wirtschaft* wird es im nächsten Jahr schon beim 1,42-fachen dazu kommen.¹⁵

Solange sich an solchen **sozialistischen Tendenzen in Deutschland** nichts ändert, braucht man sich über Überschriften wie „Viele Deutsche zieht es in die Schweiz“¹⁶, „Das verkannte Schweizer Erfolgsrezept“¹⁷ oder „Die neue Lust am Auswandern“¹⁸ nicht zu wundern. Inzwischen verlassen knapp 300.000 Deutsche pro Jahr ihr Land. Auswanderungsziel Nummer eins ist die Schweiz. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* lenkt das Augenmerk auf den wirtschaftlichen Vergleich zwischen der Schweiz und Deutschland und schreibt: „Regelmäßig liegt die Schweiz in Vergleichen der Wettbewerbsfähigkeit in der Spitzengruppe. Deutschland dagegen wird immer wieder nach unten durchgereicht.“¹⁹

Der bulgarische Professor *Stefan Kolev*, der vor 27 Jahren nach Deutschland ausgewandert ist, erklärt das immer schlechter werdende „**Preis-Leistungs-Verhältnis**“ in Deutschland als Hauptgrund für die Abwanderung vieler deutscher

¹⁵ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 6. Juli 2026, Seite 22.

¹⁶ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. Juli 2026, Seite 17. Die Zeitung begründet die Entscheidung für einen Umzug in die Schweiz: „Meist geht es um die Kombination aus Sicherheit, politischer und wirtschaftlicher Stabilität, Lebensqualität, Bildung, Gesundheitsversorgung und wirtschaftlichen Möglichkeiten.“

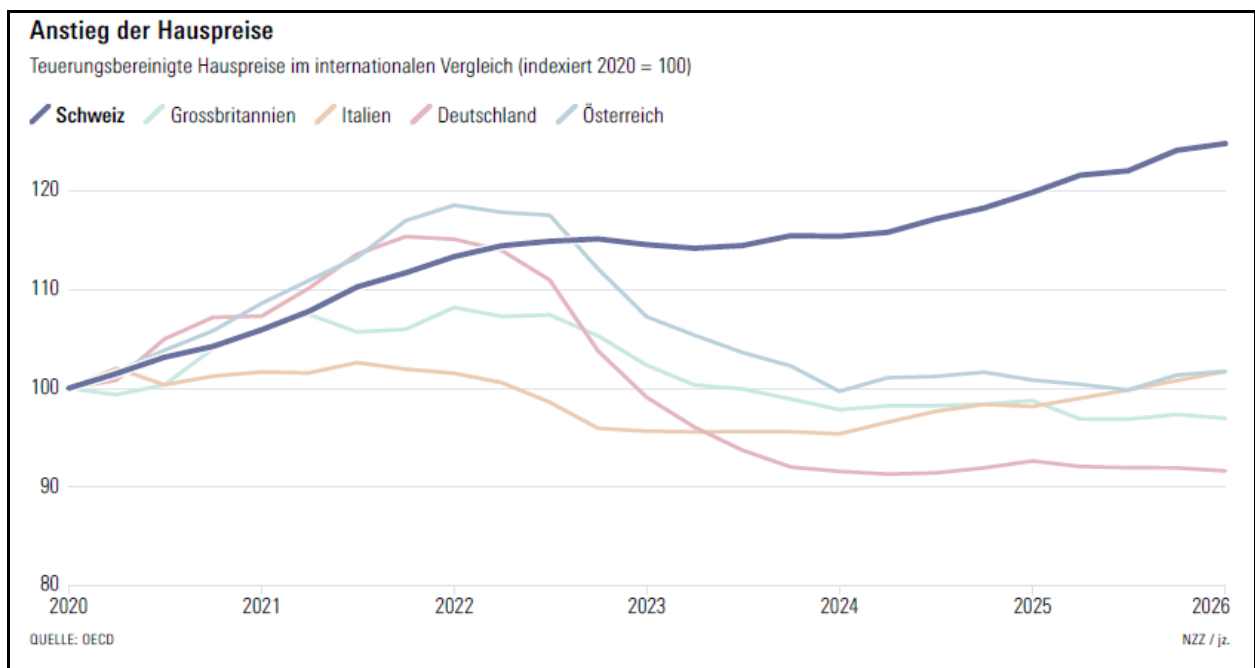
¹⁷ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. September 2026, Seite 16. Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Erfolg der Schweiz wird „mit der direkten Demokratie und dem wettbewerblichen Föderalismus“ erklärt. Diese beiden Faktoren fördern „Bürgernähe, Kostenbewusstsein und staatliche Effizienz.“

¹⁸ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. August 2026, Seite 17.

¹⁹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8. September 2026, Seite 18. Einer der Resultate ist: „Heute liegt das BIP der Schweiz pro Kopf (kaufkraftbereinigt und nominal) vor den USA sowie deutlich vor Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich.“

Bürger und führt aus: „Der Staat stellt zahlreiche Güter her, ob Bildung, Infrastruktur oder Gesundheit. Wenn man auf die Schweiz blickt, könnte man sagen, dass der dortige Staat daimlerartige Preise ausruft, etwa bei der Besteuerung und dem Sozialstaat, und dafür daimlerartige Leistungen liefert. Der bulgarische Staat ruft trabiartige Preise auf und liefert sehr bescheidene Leistungen. Der deutsche Staat hat leider zunehmend die Tendenz, für daimlerartige Preise trabiartige Leistungen anzubieten. Das empfinden nicht nur junge Menschen als unfair.“²⁰

Der immer größer werdende Unterschied zwischen der Schweiz und Deutschland manifestiert sich auch in der **Entwicklung der Immobilienpreise**. Betrachtet man die preisbereinigten Hauspreise in den letzten rund sechs Jahren in der Schweiz (dunkelblaue Linie in der folgenden Grafik), so erkennt man eine mehr oder weniger stetige Steigerung um 25 Prozent seit dem Jahr 2020:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 31. August 2026, Seite 22

Die Entwicklung der Hauspreise in Deutschland (hellrote Linie) stellt sich mit einem Minus von knapp zehn Prozent hingegen deutlich anders dar. Zu den Gründen für die spürbar bessere Wertentwicklung in der Schweiz schreibt die *Neue Zürcher Zeitung*: „Die Konjunktur läuft rund, die Bevölkerung und der Wohlstand wachsen, und die Zinsen liegen historisch tief. Das sorgt für eine anhaltend starke Nachfrage.“²¹

Das reale Minus auf dem deutschen Häusermarkt in Höhe von fast zehn Prozent seit dem preislichen Höhepunkt im Jahr 2022 ist dabei lediglich eine Durchschnittsbetrachtung. „**In Frankfurt und München liegen die realen Eigenheimpreise rund ein Viertel unter ihren Höchstständen.**“²²

²⁰ *Handelsblatt* vom 11. - 13. September 2026 Seite 43. Kolev leitet seit März 2023 das Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft. Er ist seit März 2012 Professor für Wirtschaftspolitik an der Westsächsischen Hochschule Zwickau.

²¹ *Neue Zürcher Zeitung* vom 31. August 2026, Seite 22.

²² *Neue Zürcher Zeitung* vom 23. September 2026, Seite 23. Siehe auch *Handelsblatt* vom 23. September 2026, Seite 39 sowie *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23. September 2026, Seite 23. Alle drei Zeitungen beziehen sich auf eine aktuelle Studie der Schweizer Großbank UBS.

Und wenn die von der Partei *Die Linke* geplanten Enteignungen von Wohneigentum in Berlin Nachahmer finden, dann werden die Immobilienpreise in Deutschland noch weiter fallen:



Quelle. *Handelsblatt* vom 23. September 2026, Seite 20

Wolfgang Kubicki schreibt in seinem Gastkommentar im *Handelsblatt*: „Enteignung ist keine Wohnungspolitik“.²³ An anderer Stelle fordert die Zeitung: „Berlin benötigt mehr Wohnungen und keine sozialistische Symbolpolitik auf Kosten von Steuerzahlern, Eigentümern und Investoren.“²⁴ Aber das interessiert die Nachfolgepartei der *SED* natürlich nicht. Stattdessen träumt *Die Linke* fast 40 Jahre nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in der DDR von dessen Auferstehung. Das Nachrichtenmagazin *DER SPIEGEL* setzt sich mit der ideologischen Verblendung der Partei auseinander und schreibt: „Drei Lebenslügen bestimmen das Weltbild der neuen Linken. Zum Ersten halten sie den Reichtum der einen für die Ursache der Armut anderen. ... Der zweite Irrtum der Linken ist ihr unerschütterlicher Glaube an den Staat. ... Denkfehler Nummer drei kreist um die Illusion, die Reichen könnten all die schönen Pläne der Linken bezahlen.“²⁵

Statt auf preisgefährdete Wohnimmobilien in Deutschland zu setzen, sollten an stabiler Kaufkraft interessierte Anleger den Schwerpunkt ihrer Investments lieber auf **dividendenstarke Schweizer Aktien** legen:

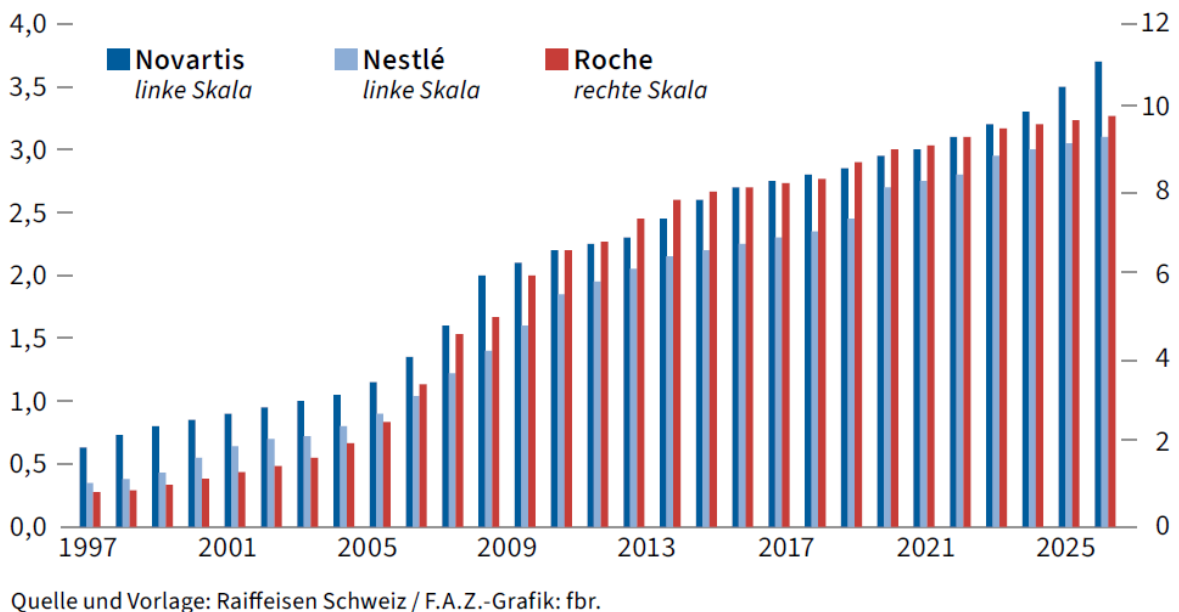
²³ *Handelsblatt* vom 17. August 2026, Seite 18. Kubicki ist Bundesvorsitzender der FDP.

²⁴ *Handelsblatt* vom 23. September 2026, Seite 20. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. Oktober 2026 ergänzt auf Seite 33 in dem Artikel „Immobilienaktienkurse fallen weiter“: „Durch Vergesellschaftung entstehen keine Wohnungen. Niemand wird künftig in Berlin investieren, so ihn nicht der unbändige Wunsch plagt, Geld und Nerven zu verlieren.“

²⁵ *DER SPIEGEL* vom 18. September 2026, Seite 6.

Dividendenstarke Schweizer Aktien

Ausschüttung je Aktie, in Schweizer Franken



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. Juli 2026, Seite 23

Als Beispiele für dividendenstarke Aktien in der Schweiz sind in der obigen Grafik die beiden Basler Pharmariesen *Novartis* und *Roche* sowie der weltgrößte Nahrungsmittelhersteller *Nestlé* dargestellt. Alle drei Unternehmen gehören zu den sogenannten **Dividendenaristokraten**, weil sie ihre Dividende seit Dekaden Jahr für Jahr erhöhen. Zusammen mit den großen Versicherungsaktien *Swiss Life*, *Swiss Re* und *Zurich* bilden diese Schweizer Aktien ein stabiles Gerüst in den von der *Schmitz & Partner AG* gemanagten individuellen Wertpapierdepots und auch im *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds*.

In einer aktuellen Studie in der Augustausgabe der Zeitschrift *Capital* schneidet der **Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds** erneut hervorragend ab. Die Anlegerzeitschrift schreibt in der Einleitung ihrer umfangreichen Untersuchung: „Aktive Fonds, deren Mix vom Vergleichsindex deutlich abweicht, erzielen teils erstaunliche Renditen. Eine Capital-Studie zeigt, wer sich besonders gut schlägt“.²⁶ Von insgesamt 9.114 Investmentfonds bestanden am Schluss der Analyse 345 Fonds den „Härtetest“ der Zeitschrift. Die jeweils fünf besten Investmentfonds in insgesamt 20 Kategorien finden sich im Heft wieder:

²⁶ *Capital* vom August 2026, Seite 96 - 103, hier Seite 96.

Die besten aktiven Fonds

Capital dokumentiert die Sieger in 20 Kategorien: Bei mehr als fünf Fonds pro Kategorie werden die fünf besten genannt, sortiert nach der Information Ratio

Kategorie / Vergleichsindex Fonds	ISIN	Information Ratio (Mehrrendite im Verhältnis zur Abweichung vom Index)			Schnitt der drei Zeiträume	10-Jahres- Schnitt in % p. a. ¹	ESG- Score ²
		3.J.	5.J.	10.J.			
Mischfonds ausgewogen, global / Morningstar EU Mod Gbl Tgt Allocation NR EUR							
Algebris Financial Income	IE 00B CZQ7T4 8	0,42	0,17	0,09	0,23	8,8	4,50
FSI Accuminvest Absolute Return Mandat VV	LI 137 114973 6	0,22	0,19	0,10	0,17	12,6	k. A.
BBBank Wachstum Union	DE 000 531424 9	0,23	0,10	0,07	0,13	7,6	4,50
Acatis Champions Select – Acatis Value Performer	LU 033 429398 1	0,22	0,13	0,05	0,13	6,5	2,50
Schmitz & Partner Global Defensiv	DE 000 A0M1UL 3	0,16	0,15	0,01	0,11	5,2	4,50

1) Durchschnittliche Jahresrendite über den Zeitraum 1. Juni 2016 bis 31. Mai 2026
2) Berechnung aus Nachhaltigkeitsratings von MSCI, Morningstar und ISS

Quelle: Capital 08/2026

Quelle: Capital vom August 2026, Seite 103

Sogar in unserem Nachbarland Österreich findet der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds lobende Erwähnung. In der Juliausgabe von *Fonds exklusiv*²⁷ steht unser Fonds auf **Platz 1** in der Kategorie „Mischfonds defensiv Welt“. In jedem der untersuchten Zeiträume von einem, drei und fünf Jahren weist der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds die beste Wertentwicklung aller Fonds auf.

Gefreut haben wir uns auch über die Auszeichnung des *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds auf der diesjährigen *Cash Gala* am 18. September in Hamburg, die alljährlich die besten Investmentfonds in insgesamt drei Kategorien ausgezeichnet:



**FINANCIAL
ADVISORS AWARD 2026**

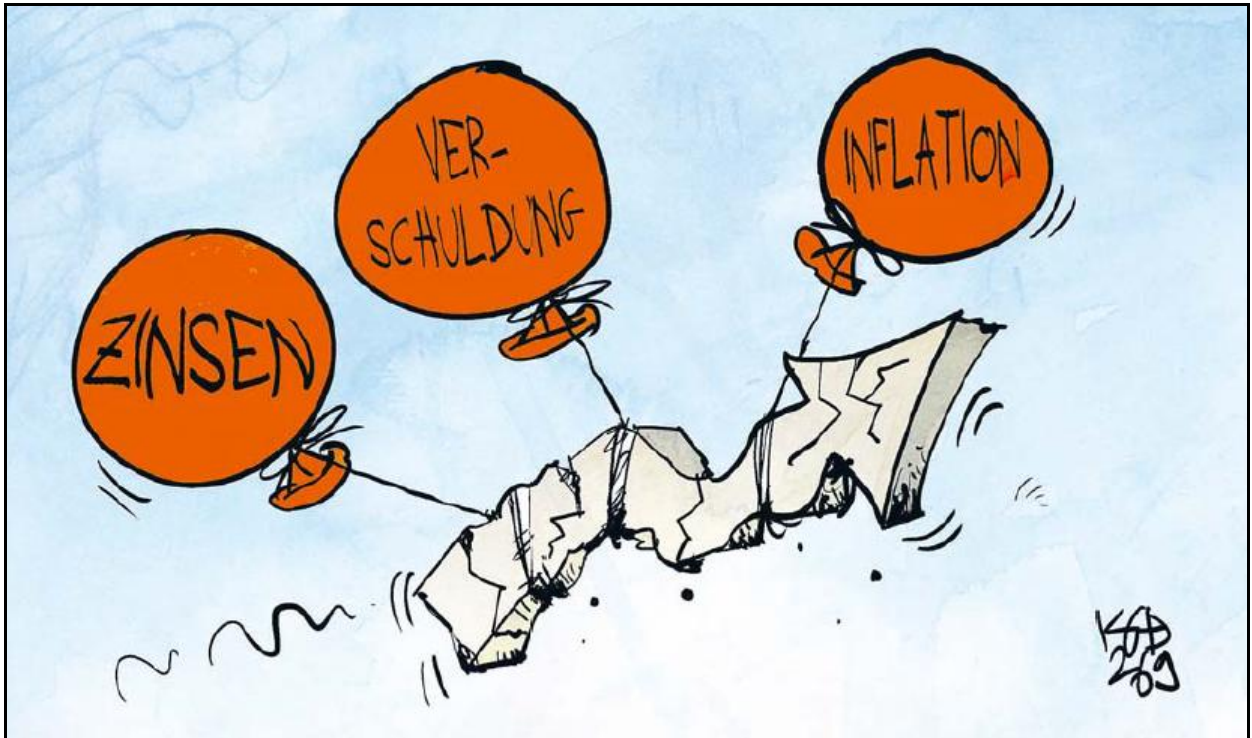
KATEGORIE: INVESTMENTFONDS SONSTIGE
Sieger Schmitz & Partner Global Defensiv · Schmitz & Partner

Wir von *Schmitz & Partner* nehmen diese mehrfachen Beweise unserer guten Arbeit für unsere Kunden und Anleger freudig und dankbar entgegen und sehen sie als Ansporn, auch in der Zukunft weiterhin erfolgreiche Arbeit zu leisten.

Für die letzten drei Monate des Jahres 2026 werden wir in den beiden *Schmitz & Partner* Fonds zunehmend Vorsicht walten lassen. Die drei aktuellen Sorgenkinder an der Börse, nämlich steigende Kapitalmarktzinsen, steigende Staatsverschuldung und steigende Inflationsraten könnten für den Rest des Jahres den derzeitigen

²⁷ *Fonds exklusiv* – Das Magazin für die Kapitalanlage erscheint vierteljährlich in Wien.

Aufwärtstrend an den Aktienmärkten noch bröckeln lassen aber anschließend auch günstige Einstiegskurse mit sich bringen:



Quelle: *Handelsblatt* vom 30. September 2026, S. 16

Mit der aktuellen Cash-Quote von rund einem Drittel des Fondsvermögens beim *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds fühlen wir uns gut aufgestellt für eventuell nachgebende Börsenkurse. Für den *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds werden wir die momentane Liquiditätsquote in Höhe von rund zehn Prozent in absehbarer Zeit noch erhöhen, indem wir den derzeitigen Aktienanteil von knapp 90 Prozent reduzieren.

Neben dem im Bericht bereits angesprochenen **Interview** mit dem Anlegermagazin *Substanz Investor* vom Oktober 2026 liegt außerdem noch ein **Artikel** über den *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds aus dem Kapitalanlegermagazin *AnlegerPlus* vom Juli 2026 bei. Viel Spaß bei der Lektüre!